

Preussische Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder



Nr. 14

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Schreiben und Expedition: Hamburg 23,
Gans-Gruth-Str. 1. Fernspr. 3, 8244.

Hamburg, den 5. April 1919

Anzeigen kosten für Kupferdrucke
pro Zeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzulösen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

33. Jahrg.

Unsere Macht liegt in der Organisation. Kein Kollege darf ihr fernstehen!

Bekanntmachung.

Auswahl der Kandidaten zur 16. ordentlichen Generalversammlung.

Die Filialen haben in ihren nächsten Mitglieder-
versammlungen die Kandidaten für die zuständigen Wahl-
abteilungen aufzustellen.

Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt durch Abstim-
mung mittels Stimmzettel oder durch Klamation über
die aus den Mitgliederkreisen gemachten Vorschläge. Die
Mehrzahl der Stimmen ist entscheidend für die Kandidatur.
Das Ergebnis der Abstimmung sowie Name und Adresse
der Kandidaten sind sofort durch die Filialverwaltung,
unter Benutzung der übermittelten Formulare, spätestens
bis 24. April 1919 dem Vorstande mitzuteilen.

Nur auf diese Weise vorgeschlagene Kandidaten kön-
nen bei der Delegiertenwahl zugelassen werden.

Die Zahl der Kandidaten für die Wahlabteilungen
Nr. 1 bis 32 darf das Dreifache der Zahl der zu wählen-
den Delegierten nicht übersteigen. Für die übrigen Wahl-
abteilungen ist für jede Filiale nur ein Kandidat aufzu-
stellen. Durch Beschluß des Vorstandes und Wei-
tens wurde § 10 Abs. 3 des Statuts dahin geändert, daß
für die Wahl der Delegierten nicht die Abrechnung des
letzten Jahres zugrunde gelegt werden soll, sondern der
Mitgliederstand vom 15. März 1919.

Die Wahlweise wurden auf Grund dieses Beschlusses
und der besonders für diesen Zweck erfolgten Mitglieder-
aufstellung wie folgt eingeteilt:

Wahlkreiseinteilung.	
1. Wahlabt. Berlin	5 Del.
2. " Hamburg	3 "
3. " Frankfurt a. M.	3 "
4. " Köln	2 "
5. " Dresden	2 "
6. " Osnabrück	2 "
7. " Leipzig	2 "
8. " München	2 "
9. " Braunschweig	1 "
10. " Bremen	1 "
11. " Bremerhaven	1 "
12. " Breslau	1 "
13. " Cassel	1 "
14. " Chemnitz	1 "
15. " Danzig	1 "
16. " Darmstadt	1 "
17. " Dortmund	1 "
18. " Düsseldorf	1 "
19. " Gotha	1 "
20. " Halle	1 "
21. " Hannover	1 "
22. " Kiel	1 "
23. " Königsberg	1 "
24. " Magdeburg	1 "
25. " Mainz	1 "
26. " Mannheim	1 "
27. " Nürnberg	1 "
28. " Stettin	1 "
29. " Stuttgart	1 "
30. " Wiesbaden	1 "
31. " Wilhelmshaven	1 "
32. " Finsterwalde, Hoyerswerda, Buchenwalde, Nowawes, Potsdam, Prenzlau, Schneide- mühl, Spremberg	1 "
33. " Brandenburg, Cottbus, Gerswalde, Landsberg, Rathenow, Spandau	1 "
34. " Forst, Grünberg, Hirschberg, Lissa, Liegnitz, Neisse, Waldenburg	1 "
35. " Frankfurt a. d. O., Fürstenwalde, Gorkich, Guben, Posen, Sorau, Weißwasser	1 "
36. " Bromberg, Graudenz, Gumbinnen, Rastin, Kolberg, Stralsund, Thorn, Stolp	1 "
37. " Alschaffenburg, Schwesig, Friedberg, Gießen, Marburg, Neuwied, Oberstein	1 "
38. " Coblenz, Kaiserslautern, Neustadt, Saar- brücken, Straßburg, Trier, Worms	1 "

40. Wahlabt. Flensburg, Albed, Neumünster, Schleswig	1 Del.
41. " Billstrow, Rostock, Schwerin, Wismar	1 "
42. " Celle, Cuxhaven, Emden, Ottingen, Bilbesheim, Blinburg, Oldenburg	1 "
43. " Bielefeld, Hamm, Herford, Melle	1 "
44. " Elberfeld, Solingen, Velbert	1 "
45. " Alena, Bochum, Hagen, Lüdenscheid, Remscheid, Siegen	1 "
46. " Aachen, Beverungen, Greifeld, Düren, Duisburg, Bippstadt, Münster, Osnabrück, Wesel, Xanten, Hamm	1 "
47. " Glatz, Jena, Weimar	1 "
48. " Alenburg, Apolda, Eisenberg, Gera, Naumburg	1 "
49. " Grimnitzschau, Glauchau, Meerane, Weida, Werbau	1 "
50. " Bernburg, Dessau, Eisenach, Halberstadt, Nordhausen	1 "
51. " Heilbronn, Heilbrunn, Jena, Ulm	1 "
52. " Kall, Freilburg, Omdorf (Schwäbisch), Karlsruhe, Ronhans, Pforzheim, Singen	1 "
53. " Coburg, Schweinfurt, Würzburg	1 "
54. " Augsburg, Memmingen	1 "
55. " Bamberg, Bayreuth, Hof, Ingolstadt, Lindau, Passau, Regensburg	1 "

Reglement für die Delegiertenwahl.

- Die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung
muss in einer Mitgliederversammlung mit der Tagesord-
nung: "Wahl der Delegierten zur 16. ordent-
lichen Generalversammlung" vorgenommen
werden. Die Wahl ist als erster Punkt auf die Tages-
ordnung zu setzen; eine deswegen anberaumte Versam-
lung darf wegen schlechten Besuches nicht verlegt werden.
- Jedes Mitglied, das nicht über 4 Wochenbeiträge
schuldet oder dem nach § 3 des Statuts seine Beiträge ge-
schuldet sind, kann an der Wahl teilnehmen.
- Die Wahl ist eine geheime und hat durch Stimm-
zettel zu geschehen. Die Stimmzettel sind vor der Wahl
mit dem Filialstempel zu versehen und dürfen den Mit-
gliedern nur in der Wahlversammlung zugestellt werden.
- Bei allen Wahlen entscheidet die ab-
solute Mehrheit.
- Nach der üblichen freien Aussprache über die Kan-
didaten wird in der betreffenden Versammlung eine
Wahlkommission von 3 Mann durch Klamation
gewählt, die das Verteilen und Einsammeln der Stimm-
zettel vorzunehmen, das Ergebnis der Wahl festzustellen
und sofort in der Versammlung bekanntzugeben hat.
- Bei Wahlen, die sich über mehrere Orte erstrecken,
sind Bezirkswahlen zulässig. Mitglieder von Wahlstellen,
denen es der Entfernung wegen unmöglich ist, an der
Wahlversammlung der Filiale teilzunehmen, können selb-
ständig die Wahl vornehmen, doch muss dies an dem
gleichen Tage geschehen, an dem die Wahl in der Filiale
vorgenommen wird. Das Wahlergebnis nebst Stimm-
zetteln ist sofort an die Filialverwaltung zu übermitteln.
- Die abgegebenen Stimmzettel sind durch die Wahl-
kommission aufzubewahren und im Falle eines Protestes
gegen die stattgefundenen Wahl auf Verlangen dem Vor-
stand einzusenden.
- Ueber das Gesamtergebnis der Wahl ist ein Wahl-
protokoll in doppelter Ausfertigung aufzunehmen, das
von der Wahlkommission sowohl wie von der Filialverwal-
tung zu prüfen und die Richtigkeit durch Unterschrift zu
bestätigen ist. Ein Exemplar des Wahlprotokolls bleibt
am Orte, das zweite ist sofort an den Hauptvorstand ab-
zusenden.
- Das Wahlergebnis wird vom Hauptvorstand im
"Vereinsanzeiger" bekanntgegeben. Wahlergebnisse, die
nicht bis 21. Mai 1919 eingeliefert sind, können nicht
mehr berücksichtigt werden.
- Sollte die erste Wahl keine Entscheidung bringen
und sich eine Stichwahl notwendig machen, so hat für

diese das Wahlreglement entsprechende Anwendung zu
finden. Das Ergebnis der Stichwahlen muss spätestens am
5. Juni in Händen des Vorstandes sein, wenn die Wahl
berücksichtigt werden soll.
Der Vorstand. J. U. D. Steine.

Deutsche Leiden.

Das Leiden, das seit dem Jahre 1914 das deutsche Volk
heim sucht, hat sich noch lange nicht bis in seine letzten
Konsequenzen ausgewirkt, sondern wir müssen bei allen
Prognosen, die sich auf die Zukunftsentwicklung Deutschlands
beziehen, leider die Tatsache in Rechnung stellen, daß die
schädlichen Folgewirkungen dieses entsetzlichen Krieges auf
allen Gebieten unseres Volkslebens, vor allem aber in
unserer Wirtschaftsführung noch auf Jahrzehnte hinaus-
hart zu spüren sein werden. Die Blockade, die England
1914 über uns verhängte und jetzt noch aufrechterhält, hat
uns jede Ergänzung unserer mehr und mehr zusammen-
schrumpfenden Vorräte unmöglich gemacht, und der Krieg
hat unsere wirtschaftlichen Kräfte so aufs äußerste erschöpft
und unsere Reserven so aufgezehrt, daß wir Leute der arme
Lazarus unter den Kulturvölkern der Erde sind, der auf die
Unterstützungen derjenigen angewiesen ist, denen es besser
geht.

Vergeblich bilden wir in unserm gegenwärtigen An-
stand politischer Ohnmacht und wirtschaftlicher Armut nach
Möglichkeiten aus, wieder in die Höhe zu kommen. Wir
sind von aller Welt nicht nur verlassen, sondern immer
mehr entfällt sich nach unserm militärischen Zusammen-
bruch die Tatsache, daß die Welt uns auch nach dem Krieg
feindlich gegenübersteht und daß unsere siegreichen Gegner
gewillt sind, unsere Ohnmacht zu ihrem Vorteil auszunutzen.

Nichts kann uns schmerzlicher und eindringlicher unsere
gegenwärtige Mischlosigkeit vor Augen führen, als die Ab-
sicht der Franzosen, 800 000 Kriegsgefangene Deutsche nach
dem Kriege in ihrem Lande zur Zwangsarbeit zurückzu-
behalten. Sollte das zur Tatsache werden, so würde es
beweisen, daß die schlimmsten Formen der Barbarei und
Sklaverei auch heute noch möglich sind. Es würde sich dann
freilich ein Volk, das bisher seines Kulturstandes wegen
in hohem Ansehen stand, mit ewiger Schmach bedecken, die
um so unauslöschlicher wäre, als der Kampf um die Frei-
heit der Kulturmenschen gerade in Frankreich ausgekämpft
wurde. Im Jahre 1789 stellte Lafayette bei der fran-
zösischen Nationalversammlung den Antrag auf Prokla-
mation der allgemeinen Menschenrechte, und dieser An-
trag wurde angenommen. Der erste Artikel lautete: "Der
Mensch wird frei und gleich an Rechten geboren und bleibt
es." Dieser Fundamentalsatz muß, wenn es mit der Kultur-
entwicklung der Menschheit nicht rückwärts gehen soll, für
alle Zeiten bestehen bleiben.

Und trotzdem geht Frankreich mit der ungeheuerlichen
Absicht um, 800 000 Deutsche zum Fronddienst zurückzu-
halten. Dieser Fall hat in der Weltgeschichte der neueren
Zeit kein Beispiel, und wir müssen weit in das Altertum
zurückgehen, um auf eine ähnliche Barbarei zu stoßen. Es
ist aber auch ein Beweis dafür, in wie hohem Grade unsere
Feinde auch jetzt noch, nachdem die Waffen ruhen, vom Haß
und von der Gewinn gier verblindet sind.

Aber es kann zugleich auch keinen eindringlicheren Be-
weis unserer gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen
Ohnmacht geben, als die Tatsache, daß wir uns auch diese
schimpfliche Bedingung gefallen lassen müßten, wenn sie
wirklich über uns verhängt würde. Die hohe Zahl der für
den Fronddienst in Aussicht genommenen Gefangenen be-
weist uns, daß es in ihrer überwiegenden Masse
deutsche Arbeiter wären, die von dem Sklavenschaufel
betroffen würden, auf weitere Jahre hinaus zur Zwangs-
arbeit und zur Trennung vom Heimatlande und von den
Anverwandten verurteilt zu sein.

Der kommende Friedenskongress wird sich auch mit der
internationalen Regelung der Arbeiterfrage beschäftigen
geben, und es liegen hierzu Anträge von den
Arbeiterorganisationen aller Kulturländer vor. Die Frage
der Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener ist zunächst
zwar eine allgemeine politische, aber sie ist doch in hohem
Grade auch eine Arbeiterfrage, und bei der Beratung des
internationalen Arbeiterrechts wäre den deutschen Arbeiter-
delegierten auf dem Friedenskongress die Gelegenheit gege-
ben, gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefan-
genen im Interesse der deutschen Arbeiter Protest zu er-
heben.

Nach dem Zusammenbruch vom 9. November sind wir lebend geworden, nachdem wir jahrelang von einer Regierung, die die Folgen ihrer Politik zu fürchten hatte, in unverantwortlichster Weise getäuscht und hintergangen worden.

Aber es kann uns jetzt wenig helfen, wenn wir die Schuldfrage aufwerfen, die freilich über unsere Grenzen hinaus auch auf andere Länder hinübergrift. Wir haben es mit der durch den Krieg gezeitigten Sachlage zu tun, und alle unsere Kräfte und Bestrebungen müssen sich darauf richten, aus dem Zusammenbruch zu retten, was noch zu retten ist. Ueberblicken wir unsere gegenwärtige Lage, so will es uns freilich auf Jahrzehnte hinaus unumgänglich erscheinen, unter erschwerenden wirtschaftlichen Bedingungen auf die Höhe zu bringen, die es vor dem Kriege innehatte. Dieses unglückliche Endergebnis des Krieges hat uns in jeder Beziehung, in erster Hinsicht aber in der Frage unserer zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung von unsern feindlichen Gegnern abhängig gemacht. Es kommt eben darauf an, welche Bedingungen uns von unsern Gegnern für unsere zukünftigen wirtschaftlichen Tätigkeitsmöglichkeiten zugewandt werden, und wir haben nach allem, was wir bisher über die Absichten der feindlichen Regierungen erfahren, keinen Grund, uns gegen weitgehenden Erwartungen hinzugeben. Es ist von den Gegnern ja oft genug ausgesprochen worden, daß es der Zweck ihrer Kriegsführung sei, uns militärisch und wirtschaftlich niederzuwerfen. England hat bisher noch immer seine wollepolitischen Ziele durchgeführt, auch wenn sie Verarmung und Untergang der besiegten Völker zur Folge hatten und von dem erhiterten und siegreichen Frankreich ist ebensowenig Milde zu erwarten.

Zur übrigen beweist ja die langjährige Blockade und der über uns verhängte Hungerkrieg, daß dieser Krieg mit allen möglichen Mitteln der Grausamkeit gegen uns geführt wurde. Die Entbehrungen, denen das deutsche Volk in seiner Ernährungsweise jahrelang ausgesetzt war und die sich mit jedem weiteren Monat der Kriegsdauer verschärften, sind natürlich von den unheilvollsten Folgen für den Gesundheitszustand gewesen. In den Ländern, die der Krieg brachte auf den Schlachtfeldern forderte, konnten die Verluste an Menschenleben und die Einbußen an der Gesundheit der Überlebenden, die auf die jahrelange unzureichende Ernährungsweise zurückzuführen sind. Und das schließt auch, soweit sich Ursachen und Wirkungen bei den Todesfällen feststellen lassen, Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Fällen in sich, während der Schaden, den die überlebende Bevölkerung an der Gesundheit erlitten hat, überhaupt unmaßbar ist.

Die wissenschaftliche Deputation für das Medizinische wies dem Ministerium des Innern unter dem 18. Juli 1917 ein Gutachten über den Einfluß der Kriegsernährung auf die Volksgesundheit erstattet, das sich in der Hauptsache auf Berichte der Regierungspräsidenten und Zusammenstellungen aus statistischen Merkmalen größerer Städte stützt. Es erwies sich hieraus, daß die Bevölkerung schon damals schweren Schaden an Leib und Leben genommen hatte. Um über die weitere Entwicklung dieser Frage unterrichtet zu sein, sind vom preussischen Ministerium des Innern Ende 1918 erneut Berichte der Regierungspräsidenten eingefordert worden, aus denen folgendes hervorging:

Die Säuglingssterblichkeit wird für die Jahre 1917 und 1918 nicht mehr so unbestritten günstig beurteilt wie vorher. Die Verschlechterung der Sterblichkeitsziffer der Säuglinge wird darin gesehen, daß die Stillfähigkeit sowie die Stilldauer der Mütter nachgelassen hat, was auf immer ärhere und immer weiter um sich greifende Unterernährung der Frauen zurückgeführt wird. Andererseits wird auch der Verschlechterung und Verringering der getrockneten Kuhmilch mit Schuld an der Erhöhung der Säuglingssterblichkeit gegeben. Die Tuberkulose nimmt auch unter den Kleinkindern zu und hat zu einer Erhöhung der Sterblichkeit geführt. Bei der Schulkinder, namentlich bei den vom 12. Lebensjahre ab, hat sich der Gesundheitszustand weiter verschlechtert. Das Körpergewicht hat abgenommen, auch wird über Reizstellungen von Abnahme des Längenwachstums öfter berichtet. Die Zahl der vom Schulbesuch wegen allgemeiner Körperschwäche Zurückgestellten nimmt erheblich zu.

Bei den 15- bis 50jährigen ist im allgemeinen eine verhältnismäßige Widerstandsfähigkeit festzustellen, die sich in einem Stillstand der Körpergewichtszunahme zu erkennen gibt, doch haben die Kränklichen und körperlich Schwachen jetzt mehr zu leiden als vorher. Die über 50 Jahre alten Personen haben, wie bisher, am meisten unter der unzureichenden und ungewohnmäßigen Ernährung zu leiden. In manchen Orten hat sich die Sterblichkeitsziffer noch erhöht. In anderen war sie etwas zurückgegangen. Offenbar deswegen, weil der Tod dieses Lebensalter bereits derartig bestimmt hatte, daß nur noch die unter den günstigeren Lebensbedingungen Lebenden zurückgeblieben waren. Nach einer Zusammenstellung des Preussischen Statistischen Landesamtes starben von den über 60 Jahre alten Personen: 1913 198 083, 1914 211 442, 1915 216 301, 1916 230 792, 1917 270 679, im ersten Vierteljahr 1918 67 569.

In ganz erheblichem Maße hat die Sterblichkeit an Tuberkulose zugenommen. In Preußen starben an Tuberkulose überhaupt nach einer Zusammenstellung des Statistischen Landesamtes: 1913 56 861, 1914 58 577, 1915 61 006, 1916 66 544, 1917 86 217, im ersten Vierteljahr 1918 20 047 Personen. Es starben also 1917 rund 30 000 Menschen mehr an Tuberkulose als 1913. Steigt die Sterbeziffer in den letzten drei Vierteljahren 1918 in derselben Weise wie in dem ersten, so werden im Jahre 1918 im ganzen 40 000 Personen mehr gestorben sein als 1913. Bei einer Verteilung dieser Fälle auf Stadt und Land ergibt sich folgendes Bild:

Table with 4 columns: Year, City (Stadt), and Country (Land). Rows for years 1913, 1914, 1915, 1916, 1917.

Die Sterblichkeit an Tuberkulose ist demnach sowohl in der Stadt wie auf dem Lande erschreckend hoch und steigt mit Riesenschritten um sich.

Diese Zahlen reden eine ernste Sprache, und doch müssen wir uns gefallen, daß der ungeheuerliche Schaden, den dieser Krieg dem deutschen Volke in seiner Gesundheit und auf allen andern Gebieten zugefügt hat, in Zahlen überhaupt nicht auszudrücken ist. Die Bilanz des Krieges hat für uns mit einem ungeheuren Fehlbetrag abgeschlossen, unsere Kräfte sind erschöpft, unser Wirtschaftsleben liegt trostlos daneben, und alle Angelegenheiten deuten darauf hin, daß unsere Gegner uns Friedensbedingungen auferlegen werden, die den Zustand unserer politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht zum mindesten auf Jahrzehnte hinaus verlängern. Es besteht die Gefahr, daß unserm Bestreben, mit der Außenwelt wieder geregelte Handelsbeziehungen und einen freien Güteraustausch anzuknüpfen, Fesseln angelegt werden, die wir nicht zu sprengen imstande sind. Die Abhängigkeit unserer Einfuhr und Ausfuhr von Englands Gnaden hat sich durch diesen verlorenen Krieg unendlich verschärft. Und doch gibt es keine andere Möglichkeit, daß wir uns wieder erholen könnten, als durch die Einfuhr von Rohprodukten und Nahrungsmitteln und durch die Ausfuhr unserer industriellen Erzeugnisse. Und in diesen Fragen sind wir so ganz der überragenden Macht unserer Gegner ausgeliefert.

Der Sinn der Organisation.

Warum organisiert sich der Mensch? Um der vereinten Kraft ein errichtetes Ziel stecken zu können, das dem einzelnen stets unerreichbar bliebe. Dieses planmäßige Zusammenwirken vieler Einzelkräfte macht das Wesen jeder Organisation aus. Dieses Wesen haben die vielen Tausenden mindestens instinktiv geahnt, die in den letzten Monaten in die gewerkschaftlichen Organisationen strömten. Diese Massen ahnen, glauben, daß die Zusammenarbeit mit vielen wirtschaftlich Gleichgestellten eine Bekämpfung wirtschaftlicher Übel ermöglicht. Diesen Glauben gibt es, zum Wissen anzueignen. Es ist eine dringende Aufgabe, den Zustrom zu unsern wirtschaftlichen Organisationen dauernd an diese zu fesseln. Der Zustrom an neuen Mitstreikern und Mitarbeitern muß zur Erweiterung der Kraft unserer Gewerkschaften genützt werden. Jedes neue Mitglied muß in Kürze erfahren, wie notwendig unsere wirtschaftlichen Organisationen sind. Diese gewonnene gefestigte Ueberzeugung wird den Nachwuchs befähigen, selbst wieder werbend zu arbeiten.

Die Gewerkschaft erstreckt durch planmäßige Einsetzung zusammengefaßter Einzelkräfte die Hebung der Lebenshaltung breiter Arbeiterschichten. Es geht dabei um höheren Lohn, um Verkürzung der Arbeitszeit, überhaupt um die Verbesserung der Wirtschaftslage der Arbeiter. In der Förderung des Gesamtwohles findet der einzelne den Weg zum wirtschaftlichen Aufstieg gebahnt. In dem gleichen Maße, wie der einzelne an gemeinsamen Werken tätig ist, vergrößert sich sein wirtschaftlicher Wohlstand.

Die gleiche Methode sichert auch die Erfolge der andern, gleich notwendigen wirtschaftlichen Organisationen, der Zusammenschluß der Verbraucher. Die Konsumvereinsbewegung ist die Zusammenfassung der einzelnen Verbraucher zu dem Zweck, dem erarbeiteten Lohn die wirtschaftlich mögliche Kaufkraft zu sichern. Zersplitterte Kräfte sind nicht nur in der Güterherstellung, sondern ebenso auch in der Güterverteilung ohnmächtig. Der durch die gewerkschaftliche Macht errungene hohe Lohn ist an sich noch lange nicht in höchstmöglicher Weise kaufkräftig. Das gleiche Streben nach persönlichem Gewinn, das den Lohn drückt, den Arbeitsvertrag nicht so zur Verteilung gelangen läßt, daß der Arbeit die ihr zukommende Gegenleistung zuzieht, verhindert auch die volle Auswirkung der Kaufkraft des Lohnes. Hier wie da — so lehrt es die reichlich genug gesammelte Erfahrung — vermag nur die zweckbewusste Gemeinschaftsarbeit vieler Einzelkräfte dem Drängen nach Gewinn Raum und Zügel anzulegen. Sich das eindringlich vor Augen zu führen, die Lässigen auf den rechten Weg zu führen, ist gerade jetzt besonders angebracht, wo im Leben unseres Volkes einfach alles auf planmäßige Nachbarmachung aller aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch geretteten Kräfte ankommt. Der Gedanke, der unserer Gewerkschafts- und Konsumvereinsarbeit Leitgedanke ist, vermag sogar vom einfältigsten Verstande als richtig erkannt zu werden. Darum, Kollegen: Hinein in diese Organisationen und dann auch tatkräftig gearbeitet, damit deren Ring möglichst bald geschlossen werde!

Sozialstaat — Arbeitspflicht.

Jeder Staat braucht, um lebensfähig zu bleiben, die Arbeitskraft seiner Bürger. Unter dem kapitalistischen System ist der Arbeitende gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen; er überläßt diese Kraft dem Kapitalisten, um durch dessen Produktionsmittel neue Produkte und dadurch neue Werte zu schaffen. Der Ertrag dieser — sagen wir „Neuwerte“ — bleibt dem Kapitalisten, der eigentliche Erzeuger hat kein Besitzrecht darauf. Dieses Besitzrecht will der Sozialstaat beseitigen. Um alle an dem Ertrag der Mehrwertserzeugung teilnehmen zu lassen, ist es notwendig, daß die heutigen Produktions- und Wirtschaftsverhältnisse umgewandelt werden.

Wenn wir wissen, daß durch produktive Arbeit, das ist werkschaffende Arbeit, die Erhaltung des Staates begründet ist, so ist notwendigerweise die Arbeitspflicht jedes Staatsbürgers gegeben. Der sozialistische Staat müßte also die absolute Dienstpflicht jedes Volksgenossen festlegen; die für die allgemeine Wohlfahrt der Staatsangehörigen notwendigen Arbeiten sind durch alle zu verrichten, soweit diese den Fähigkeiten des einzelnen entsprechen. Verschiedene Sozialpolitiker stehen auf dem Standpunkt, daß den jetzt Besitzenden für die enteigneten Besitztümer eine möglichst niedrig bemessene Staatsrente gegeben würde; dadurch würden diese nicht notwendig haben, sich an der allgemeinen Arbeitspflicht zu beteiligen. Ganz abgesehen davon, daß wir dadurch wieder neue Staatsrentner erschaffen, wäre zu bemerken, daß der Arbeitende doch Neuwerte für die Allgemeinheit schafft, der Nichtstuer aber die

Volksgesamtheit schädigt. Jedenfalls muß ein Betrag funden werden, die durch jene nicht geschaffenen Neuwerte auf andere Art dem Staate zufließen zu lassen.

Die Ableistung der Arbeitspflicht wäre so zu regeln, daß die jüngeren männlichen und weiblichen Jahrgänge (von 15 bis 18 Jahren) halbtägige Arbeitspflicht haben; diese Zeit wäre als Freizeit anzusehen. Die andere halbtägige Arbeit ist Schulzeit. Von 18. bis 30. Lebensjahr gilt volle Arbeitspflicht nach der vom Staate anzusehenden Arbeitszeit. Diese müßte dann je nach dem vorgeschrittenen Alter mehr und mehr verkürzt werden, so daß mit dem 55. Lebensjahr Arbeit nicht mehr geleistet werden braucht. Verheirateten Frauen mit Kindern wäre Arbeitspflicht nicht aufzuerlegen, da diese genug Hausstandsarbeiten haben.

Für Arbeitslosigkeit wird ein Arbeitslohn nach der qualifizierten Arbeitsleistung gegeben; gleichmäßige Einkommens wäre unbrauchbar. Neben dem Arbeitslohn, der bei lausig bemerkt, stets höher sein wird als im kapitalistischen Staat, muß Vorsorge getroffen werden, daß jeder und jede in einem noch festzulegenden Alter eine bestimmte Rente in auskömmlicher Höhe erhalten.

Ueber die Probleme Arbeitspflicht, Arbeitsrecht, Lohn, Leistung usw. könnte noch sehr viel gesagt werden. Da dies nicht in dem Rahmen des Artikels liegt und außerdem der Raumangel unseres Blattes eine Kürzung notwendig macht, mögen die Kollegen sich mit dem Gesagten zufriedengeben. G. A.

Ein Mahnruf an die Kollegenschaft.

Aus München wird uns geschrieben:

Es ist notwendig in dieser Zeit, wo die Wellen der Erregung unmaßigertweise allzu hoch an den Grundfesten der Sozialdemokratie emporgeschlagen und auch die Gewerkschaften in Mitleidenhaftigkeit ziehen, ein ernstes Wort an unsere Kollegen zu richten. Wir dürfen niemals zurückweichen, die Wahrheit zu sagen, und sollte es gefährlich sein, bei dem Rettungsversuche die verschiedensten Meinungen gegen sich zu haben. Es ist viel auf richtiger gehandelt, wenn Fehler gemacht sind, diese einzugehen, als in den Fehlern weiterzuwurzeln und dabei zugrunde zu gehen.

Eine sozialistische Parteigruppe, die gern der proletarischen Massenbewegung vorauseilt, steht in der Gewerkschaftsbewegung kein sozialistisches Handeln mehr und sie erteilt mit verbissener Schärfe. Es ist ja nicht das erste- und letztmal, daß wir Kritik an unserm Verhalten und an unserer Taktik uns gefallen lassen müssen. An sich kann das nur begrüßt werden. Aber es kommt dabei vor allem auf das Wie der Kritik an, und zwar verfolge ich darunter nicht den Ton, mit dem es Mode geworden ist, bei jeder Gelegenheit Aufhebungs zu machen. Ich sehe in der Kritik etwas Wichtiges; in der Kritik müssen die Grundlagen einer bestimmten Anschauung zum Ausdruck kommen.

In den letzten stattgefundenen öffentlichen Massenversammlungen, in denen verlangt wurde, daß die Gewerkschaftsangehörigen sich einer Neuwahl unterziehen sollten, waren es gerade Nichtorganisierte, Anhänger der Spartakusbewegung, die diese Forderung stellten. Man braucht gerade kein heller Kopf zu sein, um nicht merken zu können, welches der Zweck solcher Forderungen ist. Wir wissen ja, daß in dieser revolutionären Zeit viele Unberufene sich gedrängt fühlen, mit Vorwürfen, Vorschlägen und Projekten an die Öffentlichkeit zu treten, die Erschütterungen in die Gewerkschaftsbewegung bringen sollen. Sie glauben, irgendein Schlagwort in die Menge geworfen, genügt, um Veränderungen zur Lösung zu bringen. Und zu diesen Schlagworten gehört die Forderung auf Beseitigung der Führer.

Wohl gebe ich zu, daß die Gewerkschaften sich den kommenden Verhältnissen anpassen müssen und auch vor Änderungen nicht zurückweichen werden; aber ich spreche einer unorganisierten Masse das Recht ab, sich als Richter über unsere Angelegenheiten zu fühlen. Bestehen Mißstände, so wollen wir sie abstellen; wir wollen in unsern Versammlungen durch konsequente Aussprache dem Ziele näherkommen und nicht jeden gleich verdächtigen, der jahrelang schon in der Bewegung steht. Wenn in einzelnen Angelegenheiten die Ansichten auseinandergehen, so bedenke man die große Verantwortung, die auf denen lastet, die an der Spitze einer Bewegung stehen. Es ist doch begreiflich, wenn kühle Ueberlegung dem Handeln vorausgeht. Wir dürfen uns niemals radikal gebärden, um Anhang und Glauben zu finden, sondern Vernunftgründe müssen unser Verhalten kennzeichnen.

Sind die Gewerkschaften nach Ansicht der kommunistischen Partei überflüssig geworden, so sind sie meines Erachtens jetzt erst recht notwendig, weil sie Formen schaffen, die Stützpunkte für die Arbeiterklasse bilden, die notwendig sind zur Umgestaltung der Gesellschaft. Sie sind weiter unentbehrlich, weil nur in ihnen das Proletariat zum Bewußtsein seiner Masseninteressen und seiner geschichtlichen Aufgabe kommen kann. Mit einem Worte, sie sind zur Machtergreifung unbedingt erforderlich.

Gerade jetzt, wo diejenigen mehr als je am Werke sind, die unter allen Umständen die Gewerkschaften vernichten wollen, denen kein Mittel schlecht genug ist, um das Vertrauen der organisierten Arbeiter zu ihrer Organisation zu untergraben, ist es doppelt geboten, ein: „Halt, bis hierher und nicht weiter!“ denjenigen zuzurufen, die diese durch nichts begründeten Vorwürfe als Mittel zum Zweck benutzen.

Freilich gibt es genug Unbelehrbare, die bei einer Aussprache nur das verstehen, was sie gern hören wollen, und Pflicht und Moral mit einem Jahrmarkt, auf dem man alles zusammenhandelt, in einen Topf werfen. Wir dürfen nicht mit einem Maß von Gleichgültigkeit diesen Treibereien gegenüberstehen und müßig zusehen, wie jene am Werke sind, um die Gewerkschaftsbewegung für ihre Zwecke nutzbar zu machen.

Ich möchte daher an alle Kollegen appellieren: Vertieft Euch mehr in die wirklichen Aufgaben und verfechtet zielklar die aus den Interessen fließenden Massenforderungen! Fallt nicht in völliger Verfernung der Gewerkschaftsbewegung auf die sentimentalen Schlagwörter

unserer Gegner hinein... sondern betreibt tatkräftige p r a t i s c h e Arbeit, die die Organisation jetzt so notwendig ge braucht...

Nur so können wir den nötigen Druck auf die Arbeit geber ausüben, wenn alle hiesigen Kollegen hinter uns stehen. Hierauf gab Kollege Rabitz den Kassenbericht.

jahre festgesetzt worden. — Gegenüber den bisherigen Sähen der Verablung bedenten die neuen Säze zwar einen kleinen Fortschritt, den heutigen Verhältnissen sind sie aber durch aus nicht entsprechend.

Bewerkschaftliches.

Die Friedensverhandlungen und die Gewerkschaftsvertreter. Als Sachverständige zu den Friedensverhandlungen hat die deutsche Regierung den Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, Legien, den Generalsekretär der deutschen Gewerksvereine, Hartmann, und den Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Sieger, wald, ernannt.

Auffleg des Landarbeiterverbandes. Der Deutsche Landarbeiterverband ist am 1. Februar 1909 gegründet worden. Bei Ausbruch des Krieges zählte er bereits 22 500 Mitglieder.

Einen berechtigten Notschrei haben die Arbeiter und Angestellten der UEG-Werke in Berlin an die Reichsregierung gerichtet, in dem es heißt: Durch die jahrelange Unterernährung der arbeitenden minderbemittelten Massen stehen wir zu Beginn des Frühjahres vor einer Katastrophe...

Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe wegen Aufschusses eines neuen Tarifes haben begonnen. Der neue Tarif soll seinen Geltungsbereich über ganz Deutschland erstrecken, mit der alleinigen Ausnahme von Groß-Berlin...

Die Wandbetter Malertunung hat die vierjährige Lehrzeit aufgehoben und beschlossen, daß vom 1. April dieses Jahres ab die Lehrzeit nur noch dre i Jahre dauern soll.

Aus unserm Beruf.

Königsberg i. Pr. Am 28. Februar, abends 6 Uhr, fand unsere ordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftshause statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Kollegen zu Ehren der im Kriege Gefallenen und Verstorbenen von ihren Plätzen.

Wesel. Nachdem verschiedentlich in den letzten Jahren schon der Anlauf genommen war, hier geregelte Verhältnisse zu schaffen, scheiterte dieses immer wieder an der Interesslosigkeit der hiesigen Kollegen.

Aus Unternehmerkreisen.

Die Wandbetter Malertunung hat die vierjährige Lehrzeit aufgehoben und beschlossen, daß vom 1. April dieses Jahres ab die Lehrzeit nur noch dre i Jahre dauern soll.

Adressenverzeichnis.

- Hauptvorstand: sämtliche Sendungen und Anfragen an den Vorstand des Verbandes der Maler usw. sind nach Hamburg 25, Claus-Broth-Strasse 1, zu richten.
Telephon: Hamburg, Nordsee 8246.
Redaktion: Expedition des „Vereins-Anzeiger“: Hamburg 27, Claus-Broth-Strasse 1.

- Königsberg. G. Appel, Pringenstr. 91, 2. Et.
Düren. J. Nieberau, Nudstr. 86.
Düsseldorf. W. Kliner, Wallstr. 10, 1. Et.
Erdmannsdorfer. P. Jahn, Schöplurter Straße 19.
Eisenach. J. Parimann, Anrichenstr. 5.

- Stettin. Dr. Deuner, Philipstr. 19, StbS.
Stettin. W. Muchow, Kanonenweg 28.
Stoll. W. A. Müller, Fruchtstr. 30.
Stuttgarter. Fr. Brenner, Schlinger Straße 19, 2. Et.
Stuttgarter. W. Reich, Königstr. 20.

verträge in den Reihen der baugewerblichen Arbeiter Sympathie erwecken sollen. Diese Bestimmungen können aber auch befehligt werden; denn sie haben in der Praxis nur die Bedeutung gehabt, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu verbittern.

Sozialpolitisches.

Das Schicksal unserer Kriegsgefangenen. Unter Führung des Abgeordneten Stücken fanden in den letzten Tagen in der Schweiz Verhandlungen statt über die Hilfe, die den 200 000 deutschen Kriegsgefangenen gebracht werden kann, die in die zerstörten Gebiete Frankreichs abgeführt wurden, um dort am Wiederaufbau tätig zu sein. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die schweizerische Regierung die Zulassung gab, geeignete Leute in jene Gegenden zu entsenden, um sich davon zu überzeugen, daß die Gefangenen in einer Weise untergebracht sind und in einer Art beschäftigt werden, die ihre Gesundheit nicht beeinträchtigt. Die gleiche Tätigkeit werden Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes in Genf entfalten und über ihre Beobachtungen regelmäßig Berichte an die deutsche Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene erstatten. Man rechnet in der Schweiz mit Bestimmtheit darauf, daß nicht nur die kranken Gefangenen von Frankreich ausgeliefert, sondern daß auch die mehr als 18 Monate in Gefangenschaft befindlichen Leute nach und nach der Heimat zurückgegeben werden. Allerdings scheint man in französischen Kreisen daran festhalten zu wollen, daß Deutschland an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete tatkräftig mitarbeiten muß. Ueber die Frage, ob und wie das geschehen kann, schweben zurzeit noch Verhandlungen, die natürlich völlig unverbindlich sind. In Frankreich ist man empört darüber, daß belgische Arbeiter zur Zwangsarbeit nach Deutschland abgeführt worden sind, und man will nun das gleiche System an Deutschen in Anwendung bringen. Dazu ist zu bemerken, daß es gerade die deutsche Sozialdemokratie war, die mit aller Schärfe gegen die Verschleppung der Belgier protestierte und es auch durchsetzte, daß die belgischen Arbeiter bald wieder in ihre Heimat zurücktransportiert worden sind. Die deutsche Sozialdemokratie erblickte in dieser Deportation eine Unmenschlichkeit, und die Franzosen, die den gleichen Standpunkt eingenommen haben, würden sehr inkonsequent handeln, wenn sie nun verlangen würden, daß dieselbe Unmenschlichkeit jetzt auf Deutschland gegen deutsche Arbeiter angewendet werden soll. Daß unsere Kriegsgefangenen so rasch als möglich in die Heimat überführt werden müssen, darüber sind sich heute meiste Teile des deutschen Volkes vollkommen einig. Ueber die Frage der Rückgabe der Kriegsgefangenen verhandelt werden, dann wird sich zeigen, wie weit Deutschland auf diesem Gebiete gehen kann, ohne die Freiheit des einzelnen gegen seinen Willen zu beeinträchtigen. Nebenfalls versprechen die gepflogenen Verhandlungen bei den Gefangenen die Ueberzeugung zu befestigen, daß Deutschland sie nicht vergessen hat und nicht im Stiche läßt, sondern daß vielmehr insbesondere auch seitens der Regierung alles menschenmögliche geschieht, um das harte Los einigermaßen zu mildern, von dem Hunderttausende unserer Volksgenossen betroffen worden sind.

Freigabe des Handels mit Inlandseiern. Der Reichsernährungsminister hat in seiner in der Deutschen Nationalversammlung vor kurzem gehaltenen Rede unter anderem angekündigt, daß bei gewissen Nahrungs- und Futtermitteln alsbald mit dem Abbau der Zwangswirtschaft begonnen werden könne. Die Erklärung des Ministers ist bezüglich der Eier inzwischen in die Tat umgesetzt worden. Die Maßnahme ist veranlaßt durch die ungünstigen Erfahrungen, die fortgesetzt sich steigend, mit der öffentlichen Bewirtschaftung der Eier gemacht worden sind. Erwartet wird, daß die beteiligten Kreise in Würdigung dieses Entgegenkommens nunmehr alle Kräfte daransetzen, ihre Pflichten auf den Gebieten, auf denen die Zwangswirtschaft zurzeit noch zur Sicherung der Volksernährung aufrechterhalten bleiben muß, restlos zu erfüllen. Uebereinstimmend ist aus landwirtschaftlichen und Handelskreisen berichtet worden, daß die Bevölkerung aus der einheimischen Produktion hinreichend und zu im allgemeinen erträglichen Preisen mit Eiern versorgt werden könne. Trotz der Aufhebung der reichsrechtlichen Bestimmungen ist den einzelnen Landeszentralbehörden unter gewissen Voraussetzungen die Möglichkeit geblieben, innerhalb ihres Gebietes wieder eine Verkehrs- und Verbrauchsregelung einzuführen. Es ist indessen anzunehmen, daß davon nur in solchen Fällen Gebrauch gemacht werden wird, in denen besonders dringliche Gründe, wie die Sicherstellung des Bedarfs der Kranken, eine Einengung des freien Verkehrs rechtfertigen. Im allgemeinen dürften dem Eierhandel vom 1. April ab keinerlei Beschränkungen auferlegt werden. Unberührt von der getroffenen Maßnahme ist die Einfuhr und Verteilung der Auslands Eier. Die Einfuhr aus dem Auslande soll vor allem der Sicherstellung der Krankenversorgung dienen. In Kraft bleiben bis auf weiteres ferner die Vorschriften über das Verbot von Verwendung von Eiern und Eierschalen zur Herstellung von Farben und über die Einschränkung des Verbrauchs von Eiern bei der Bereitung von Kuchen in gewerblichen Betrieben.

Eine günstige Gelegenheit zur Beschaffung von Wohnungen und Freizeiten. Welches auch immer die Zukunft unseres Militärwesens sein mag, fest steht wohl auf alle Fälle, daß auf längere Zeit hinaus eine ganz außerordentliche Verringerung unseres Heeres eintreten wird. Infolgedessen wird selbstverständlich auch eine große Zahl von Kasernen, Exerzierplätzen usw. für eine anderweitige Verwendung frei. Damit ist aber, wie schon Professor Seintich in dem Januar-

Februarheft der „Zeitschrift für Wohnungsfragen in Bayern“ dargelegt hat, eine ganz außerordentliche Gelegenheit zur Bänderung mannigfacher Uebelstände in unseren Städten gegeben. Die freiliegenden Kasernen können wahrscheinlich in vielen Fällen ohne gar zu große Kosten und Schwierigkeiten so umgebaut werden, daß sie zur Milderung der Wohnungsnot dienen können, oder sie können diesem Zwecke wenigstens mittelbar dienbar gemacht werden, indem sie Behörden und Amtsräume aufnehmen, deren bisherige Räume dann wieder für Wohnungszwecke verwandt werden können. Ganz besonders ist aber auch auf die freiliegenden Exerzierplätze hinzuweisen. Der Deutsche Verein für Wohnungsreform hat schon in früheren Versuchen, solche außer Benutzung kommenden militärischen Gelände für das Siedlungswesen nutzbar zu machen, aber die Angelegenheit wollte damals aus mancherlei Gründen nicht recht vom Fleck kommen. Die gegenwärtige ganz außerordentliche Gelegenheit darf aber auf keinen Fall verstimmt werden. Viele der freiliegenden Exerzierplätze liegen verhältnismäßig tief im Innern der Städte, und sie bieten daher die seltene und gar nicht hoch genug zu schätzende Möglichkeit, den oft so überaus starken Mangel an hinreichenden Freizeiten und Grünanlagen in dem bereits bebauten städtischen Gebiete nachträglich noch einigermaßen zu lindern, — eine Verwendung, die übrigens auch sehr im Interesse der Hausbesitzer läge, da sie geeignet ist, den anliegenden Grundbesitz wesentlich zu heben. Andererseits wird ein Teil der freiliegenden unbebauten Flächen auch für die Bebauung in Betracht kommen und Gelegenheit zur Schaffung neuer besserer Siedlungen, die modernen Grundrissen entsprechen, bieten und damit auch wesentlich zu einer vernünftigen Regelung der Bodenpreise beitragen können. Voraussetzung für all das ist aber selbstverständlich ein entsprechendes Entgegenkommen der Militärverwaltung, namentlich auch in der Preisfrage. Die Kreise der Wohnungsreformbewegung, die Gemeinden usw. werden gut tun, dieser ganzen so ungewein wichtigen Angelegenheit schon jetzt beizutreten ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden; aber auch die Nationalversammlung sollte sich dieser Sache, die von so großer Bedeutung für die Zukunft unseres Städtebaus ist, annehmen.

Verbot des Zuzuges nach Stuttgart. Die sich immer mehr verschärfende Wohnungsnot in Stuttgart hat das württembergische Ministerium des Innern veranlaßt, den Abschluß von Mietverträgen über Wohnungen und einzelne Wohnräume mit nach Stuttgart neu zuziehenden Personen von der vorherigen Zustimmung des städtischen Wohnungsamtes abhängig zu machen. Diese Zustimmung wird bis auf weiteres in allen Fällen verweigert. Der Aufenthalt in Gasthöfen, Pensionen usw. ist auf die Dauer von 14 Tagen beschränkt. Auch Käufern von Wohngebäuden in Stuttgart ist der Bezug von Wohnungen in den von ihnen erworbenen Häusern bis auf weiteres nicht gestattet. Wer trotz des erlassenen Verbotes nach Stuttgart zieht, hat außer Verhaftung zwanagsweise Entfernung aus den von ihm bezogenen Wohnräumen zu gewärtigen.

Arbeitskleidung steuerfrei, Gewerkschaftsbeiträge nicht. Die Generalkommission richtete am 8. März an das preussische Finanzministerium das Ersuchen, die Steuerbehörden anzuweisen, daß von dem zu beantragenden Einkommen der Arbeiter Beiträge in Höhe der Ausgaben für Arbeitskleidung und für Gewerkschaftsbeiträge zulässig sind. Der Finanzminister Dr. Sieden hat auf die Eingabe unter dem 10. März folgenden Bescheid erteilt:

„Die Mehrkosten, das heißt die über den persönlichen außerberuflichen Bedarf hinausgehenden Kosten, die den Arbeitern mit Rücksicht auf ihre besondere berufliche Tätigkeit für Arbeitskleidung erwachsen, sind als „Werbungskosten“ nach § 8 I des Einkommensteuergesetzes vom Höchstbetrage aus gewinnbringender Beschäftigung abzugsfähig. Die Steuerbehörden sind seitens des Finanzministeriums mehrfach auf angemessene Berücksichtigung dieser Abzüge hingewiesen worden, und ich darf annehmen, daß im allgemeinen hiernach verfahren wird. Sollten in Einzelfällen trotzdem für berechtigt erachtete derartige Abzüge von den Steuerbehörden nicht zugelassen werden, so steht es den Steuerpflichtigen frei, mittels der gesetzlichen Rechtsmittel die Veranlagung anzugreifen.“

Falls in irgendeinem Veranlagungsbezirk der Abzug für Arbeitskleidung allgemein verweigert sein sollte, wäre mir Mitteilung hierüber erwünscht.

Nach der geltenden Fassung des Einkommensteuergesetzes und der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts sind dagegen die Gewerkschaftsbeiträge nicht abzugsfähig. Sie fallen nicht unter die im § 8, 1 bis 5 des Einkommensteuergesetzes als abzugsberechtigt aufgeführten Beiträge zu den behördlichen Berufsammern, sind auch nicht nach § 8 II 3 a. a. O. zum Abzug zugelassen, weil sie dem zu ihrer Entrichtung Verpflichteten keinen nachbaren Anspruch auf bestimmte, in den Rahmen jener gesetzlichen Vorschriften fallenden Vorteile gewähren und können endlich auch nicht nach § 8 I als allgemeine Werbungskosten in Betracht kommen, weil sie nicht unmittelbar der Erwerbung, Sicherung oder Erhaltung des Quellenvertrages dienen. Die gewünschte Ausdehnung der Abzugsfähigkeit auf die Gewerkschaftsbeiträge kann daher nicht vom Finanzminister im Verwaltungswege, sondern nur im Wege der Abänderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eingeführt werden. Ob das angängig ist, wird bei Gelegenheit einer Abänderung des Einkommensteuergesetzes erwogen werden.“

Ein Sozialisierungsamt in Sachsen. Das sächsische Staatsministerium hat das Wirtschaftsministerium beauftragt, eine Vorlage über Errichtung eines Sozialisierungsamtes auszuarbeiten. Der Wirtschaftsminister soll mit dem Arbeitsminister und mit den Gewerkschaften aller Richtungen über die Ausbildung von Arbeitern für die Aufgaben der Arbeiterausschüsse und Betriebsräte ins Benehmen treten.

Genossenschaftliches.

25 Jahre Konsumgenossenschaftlicher Großverkauf. Am 29. März dieses Jahres vollendete die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine das erste Vierteljahrhundert ihres Daseins. 25 Jahre ununterbrochener Aufstiegs eines genossenschaftlichen Großbetriebes sind niemals Jahre ungehörten Gedeihens und ungehinderter Schaffens. Sie hat im Gegenteil Jahr aus, Jahr ein kämpfen müssen mit dem zu Kleinlichkeit und Geschäftigkeit neigenden Unverstand der Schichten, die in Deutschlands Vergangenheit den Grund zu seinem jetzigen Unglück legten und seine Zukunft vergifteten. Im Streite mit diesen Mächten ist sie zu dem geworden, was sie heute darstellt. Selbst in den Kriegsjahren, als es Vaterländische Pflicht gewesen wäre, jeden an den Platz zu stellen, zu dem seine Fähigkeiten ihn riefen, hat man in bürokratischer Unfähigkeit die Großverkaufsgesellschaft absetzt gestellt und für eine Kraft entgegen lassen, die Wertvolleres hätte leisten können als der „Ersatz“, der an ihre Stelle trat. Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine war von Anfang ihrer Tage der deutliche Ausdruck genossenschaftlicher Entwicklungsmöglichkeit. Als die heute fünfundsiebzigjährige noch in Anderschauben ging, im Jahre 1894, war sie vielfach noch Gegenstand mittelbigen Lächelns ob ihres ersten Jahresumsatzes von 541 000. Aber 6 Jahre später ist der Umsatz auf 7 986 000 gestiegen. Im Jahre 1905 bucht man 88 780 000; abermals 5 Jahre später, 1910, beträgt der Umsatz 88 689 000, um im Jahre vor dem Kriege, 1918, auf 184 047 000 zu steigen. Die Zahlen aus der Kriegszeit mögen hier übergangen werden. Sehen wir dazu den Wert der Eigenproduktion auf über 10.000 000 und die Zahl der in dieser beschäftigten Personen — 1882 —, so ergibt sich, wenigstens im Großen, ein Gesamtbild der Entwicklung und des Standes bis zum Beginn des Krieges, das trotz Mangels an beherrschender Sonne für die Zukunft das Beste erhoffen läßt. Diese Hoffnung wird nicht trügen, wenn die Verbraucher das Geseh beachten: Der Konsumgenossenschaftliche Großverkauf ist der zentrale Widerstand gegen jede Schädigung der Verbraucher. Das Maß dieses Widerstandes wird bestimmt durch die Größe der Konsumgenossenschaftlichen Organisation.

Literarisches.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Die Neue Erziehung, Sozialistische pädagogische Zeitschrift. Herausgeber: Dr. M. S. Waage, Untersekretär im preussischen Kultusministerium. Inhalt des Heftes 8/4: G. H. Neuenhoff, Leiter der Diversitäts-Hochschule; Die Bedeutung der freien Schule für die Neugestaltung von Bildung und Erziehung. Professor Dr. Müllers Lehmann; Die Bedeutung pädagogischer Professuren für die Zukunft der deutschen Erziehung. Professor Dr. W. Klein; Kann die Universität die Ausbildung der Volksschullehrer übernehmen? Professor Dr. W. Ostwald; Grundrissliche zur Erziehungsreform. Dr. Ernst Stöbel, Oberlehrer; Schulgemeinde und Schullaufbahn. Dr. Ludwig Grimm, Schuldirektor; Das einzige Kind. Walter Hugo Orth, akademischer Zeichenlehrer; Die Heimatkunst in der Schule. Schullehrer Matthias Meyer; Zur Frage der Reichsschulgesetzgebung. Oberlehrer Hans Flemming; Moralunterricht. Bezugspreis vierteljährlich durch die Post M. 6 und Bestellgebühr, dagegen M. 6, wenn direkt im Briefumschlag bezogen vom Verlag „Gesellschaft und Erziehung“, G. m. b. H., Berlin SW 48, Wilhelmstr. 9. Preis des Einzelheftes M. 1, des Doppelheftes M. 1,50.

Zur Beachtung!

Die Ausgaben für ungenügend frankierte Brief- und Geschäftspapieren mehrten sich in letzter Zeit derart, daß es dringend erforderlich ist, diesen Mißstand abzustellen. Es sei deshalb bemerkt, daß Postkarten mit 10 ϕ , geschlossene Briefe bis 20 Gramm mit 15 ϕ , bis 250 Gramm mit 25 ϕ frankiert werden müssen. Geschäftspapiere dürfen nicht geschlossen werden und keine schriftlichen Mitteilungen enthalten. Porto bis 250 Gramm 15 ϕ , bis 500 Gramm 25 ϕ , bis 1000 Gramm 35 ϕ . Es ist auch ratsam, größere Sendungen zu verschütten (aber nicht zu kneten, da auf der Post kontrolliert wird, ob keinerlei Briefe dazwischen sind, um dann die Sendung als Brief zu taxieren).

Vom 6. bis 12. April ist die 14. Beitragswoche.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 12 des „Correspondenzblattes“ bei.

Gründliche Ausbildung zum Geschäftsführer und Buchhalter im Malergeschäft durch Fernunterricht ohne Berufsprüfung. Probebrief frei. Erfolg garantiert. Franz Wenzel, Leipzig-Stöttgen.

Schriftenmaler, welcher tabellarische Glasschilder anfertigen kann, wird vom Malergeschäft in Galle i. Hannover gesucht. Bewerber wollen unter Angabe von Lohnansprüchen und Referenzen Angebot unter „Schriftenmaler“ bei der Geschäftsstelle dieses Blattes einreichen.

Holzmalerei von Möbelwerk für dauernde, selbständige Stellung gesucht. C. W. Fricke Sohn, Gozindurte Riesenb. a. D. Weiser.